

Windkraft-Ausbau zieht an, Zahl der Fernpendler steigt, Heizkosten könnten steigen

Windkraft-Ausbau zieht an

In Deutschland kommt der Ausbau von Windrädern an Land voran. In den ersten neun Monaten dieses Jahres ging mehr als 50 Prozent mehr Leistung durch neue Anlagen in Betrieb als im Vorjahreszeitraum. Deutlich erhöhte sich auch die Zahl der neu genehmigten Windräder. Das geht aus vorläufigen Zahlen der Fachagentur Windenergie an Land hervor, die der Nachrichtenagentur dpa vorlagen. Spitzenreiter war Schleswig-Holstein, dort erfolgte seit Jahresanfang über ein Drittel des sogenannte Brutto-Zubaus. Auf den Plätzen zwei und drei im Länderranking folgen Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen. Im Süden Deutschlands schaut es dagegen ernüchternd aus. Dort seien lediglich sieben Prozent der diesjährigen Neuanlagenleistung installiert worden. Bundesweit wurden seit Januar 2023 316 Altanlagen stillgelegt. Damit lag der sogenannte Netto-Zubau bei 202 Windrädern. Mehr dazu [hier](#). ([Manager Magazin](#))

Zahl der Fernpendler steigt

Immer mehr Pendler gibt es in Deutschland. Ihre Zahl ist binnen Jahresfrist um rund 700.000 gestiegen, wie das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) am Donnerstag (12.10.2023) mitteilte. Zum Stichtag 30. Juni 2022 arbeiteten demnach 20,3 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nicht in der Kommune, in der sie wohnten. Der Pendleranteil an den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten stieg leicht: um einen halben Punkt auf 60 Prozent (!). Welche Verkehrsmittel die Pendler nutzen, geht aus der Statistik nicht hervor. Auch

die Zahl von Menschen, die einen längeren Weg zur Arbeit zurücklegen, stieg. Die größte Anziehungskraft für Pendler unter den deutschen Großstädten hat München. ([Spiegel Online](#))

Heizkosten könnten steigen

Nach dem Willen der Bundesregierung soll die Mehrwertsteuer auf Gas ab Januar 2024 wieder auf den regulären Satz steigen. Entsprechende Pläne von Finanzminister Christian Lindner (FDP) billigte das Kabinett am Mittwoch (11.10.2023) nach Informationen der Deutschen Presse-Agentur. Vom Bundestag müssten sie aber noch beschlossen werden. Erstaunlich ist, dass die Sonderregelung der Senkung des Mehrwertsteuersatzes von 19 auf 7 Prozent bereits zum Jahreswechsel drei Monate früher als geplant auslaufen soll. Allerdings sei die Senkung immer nur als kurzfristige Entlastung geplant gewesen, so das Finanzministerium. Für die Staatskassen dürfte die frühere Rückkehr zum höheren Steuersatz rund 2,1 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen bedeuten. ([Der Tagesspiegel](#))